



# MAGAZIN



Meinung

**UN beschließt  
Verbot von Atomwaffen**

Thema

**Gegen den Terror  
und für den Frieden**

Reportage

**Wenn die „Wessidame“ kommt –  
eine Kommune macht sich  
auf den Weg**

Im Gespräch

**Annelie Buntenbach**

## Was Sie in diesem Heft erwartet

04 Nachrichten

05 Meinung

**Xanthe Hall und  
Birte Vogel:  
UN beschließt Verbot  
von Atomwaffen**



06 Thema

**Gegen den Terror  
und für den Frieden**



10 Reportage

**Wenn die „Wessidame“  
kommt – eine Kommune  
macht sich auf den Weg**



14 Im Fokus

16 Im Gespräch

**Annelie Buntenbach, DGB**



20 Rätsel & Rezept

22 Nachrichten

24 Friedenspolitik

26 Stiftung

### Spendenkonto des forumZFD:

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)  
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01  
BIC BFSWDE33XXX

Sie möchten das forumZFD unterstützen? Darüber freuen wir uns sehr! Bitte lesen Sie hierzu auch Seite 27 in diesem Heft.

## Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

## Impressum

Herausgeber:  
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.  
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln  
E-Mail: kontakt@forumZFD.de  
Internet: www.forumZFD.de  
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),  
Kristin Kretschmann, Thomas Oelerich  
Layout und Gestaltung: Sonja Kleffner  
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück  
Papier: 100 % Recyclingpapier  
Fotos ohne Angaben: © forumZFD



© FriedEbers

## Zum Titel

Ein Engel mit gepackten Koffern prangt auf dem Titel des forumZFD-Magazins. Das passt nicht zusammen, meinen Sie?

Das Bild landete zunächst eher zufällig auf dem Titellentwurf für diese Ausgabe und weckte in der Redaktion so viele unterschiedliche Assoziationen, dass wir uns – vor die Wahl gestellt, erneut ein harmonisches und einfach schönes Foto abzurufen oder eines, das weniger eindeutig und auf den ersten Blick eher unpassend erscheint – für Letzteres entschieden.

Irgendwie passt es dann doch zum Inhalt dieser Ausgabe: Religion ist ein Thema, und da liegt der Gedanke an Engel nicht ganz fern. Doch dieser Engel strahlt weder Hoffnung noch Zuversicht aus. So trostlos wie der Bildhintergrund mag die Welt nach einem Atomangriff aussehen, unwirtlich und grau. Da kann man nur noch hoffen, dass Rettung naht. Gut, dass Anfang Juli endlich ein Vertrag zur Ächtung von Atomwaffen beschlossen wurde. Ein kleiner aber überfälliger Schritt, über den wir ebenfalls berichten.

Was sind Ihre Assoziationen zu dem Bild?

## Liebe Leserin, lieber Leser,

„Gewalt vorbeugen – das geht!“ Unter diesem Motto zeigt der Zivile Friedensdienst, welches Potenzial in Friedensarbeit steckt. Auf einer neuen Internetseite, die wir in dieser Ausgabe kurz vorstellen, erscheinen in den nächsten Monaten eindrucksvolle Beispiele aus einigen der 40 Länder, in denen der Zivile Friedensdienst arbeitet.

Auch in Deutschland gelingt Prävention. Das zeigt unsere Reportage aus dem mecklenburgischen Ludwigslust. Das forumZFD unterstützt die Stadt seit eineinhalb Jahren dabei, Geflüchtete zu integrieren und zugleich den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu stärken.

Aus Sicht der Gewerkschafterin Annelie Buntenbach beginnt Prävention bereits bei einer sozial gerechten Politik, die Menschen Abstiegsängste nimmt. Im Interview erzählt sie, warum sie sich als Erstunterzeichnerin des Aufrufs „Für eine Politik der Vernunft“ für Abrüstung und zivile Friedenspolitik einsetzt.

Empfehlen möchte ich Ihnen noch den Beitrag von Josef Freise über die ambivalente Rolle der Religion als Legitimation von Gewalt und Quelle des Friedens.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

*Christoph Bongard*

Christoph Bongard  
Leiter Kommunikation

# Keine EU-Entwicklungsgelder für Militärausgaben!

Europäische Entwicklungsgelder sollen zukünftig auch für die „Ertüchtigung“ militärischer Streitkräfte von Drittstaaten ausgegeben werden. Diesem Vorhaben von Europäischer Kommission und Europäischem Rat stimmte nun auch der Auswärtige Ausschuss (AFET) des EU-Parlaments zu.

Das forumZFD und andere Akteure der Zivilgesellschaft sind gegen diese Zweckentfremdung von Geldern, die eigentlich der Bekämpfung von Armut und der Förderung von Frieden dienen sollen. Dazu sagte Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin des evangelischen Hilfswerks Brot für die Welt: „Das ist eine friedens- und entwicklungspolitische Bankrotterklärung. Der EU, die als Friedensprojekt angetreten ist, fällt zum Erhalt des Friedens zunehmend nur noch Militär ein.“

## Vorrang für ziviles, präventives Handeln?

Die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ wurden am 14.06.2017 verabschiedet. Nach drei Jahren Debatte über die wachsende Verantwortung Deutschlands in der Welt und einem Jahr intensiver Arbeit an den Leitlinien – an der das forumZFD und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt waren – enttäuscht das Ergebnis.

„Wir begrüßen den Vorrang für ziviles, präventives Handeln in den Leitlinien“, so Oliver Knabe, Vorsitzender des forumZFD. „Doch befürchten wir, dass mit dem Zusatz ‚wo immer möglich‘ zivilen Maßnahmen Vorrang einzuräumen (S. 23), militärischen Einsätzen ohne zivile Strategie der Konflikttransformation Tür und Tor geöffnet wird. Es fehlen klare Zielsetzungen und jegliche Budgetvorgaben zur Stärkung ziviler Krisenprävention und Friedensförderung.“

[www.forumzfd.de/Leitlinien\\_der\\_Bundesregierung\\_Friedenfoerdern](http://www.forumzfd.de/Leitlinien_der_Bundesregierung_Friedenfoerdern)

## Gewalt vorbeugen – das geht

Mit dem neuen Themenbereich Gewaltprävention zeigt der Zivile Friedensdienst (ZFD) auf seiner Website, dass Gewalt in Krisen- und Konfliktregionen mithilfe der Zivilgesellschaft verhindert werden kann. Unter dem Titel „Gewalt vorbeugen – das geht“ verdeutlicht der ZFD, dass noch viel mehr erreicht werden könnte, wenn Projekte für zivile Gewaltprävention künftig stärker ausgebaut würden. Die Schauplätze Guinea und Libanon bilden den Auftakt von insgesamt acht Projekten, die intensive Einblicke in die gewaltvorbeugende Arbeit des ZFD und seiner Partner gewähren.

Den Themenbereich finden Sie unter:  
[www.ziviler-friedensdienst.org/praevention](http://www.ziviler-friedensdienst.org/praevention)



© ZFD – WFD/Susanne Souaré

# UN beschließt Verbot von Atomwaffen

Ein Kommentar von Xanthe Hall und Birte Vogel

Der Atomwaffenverbotsvertrag, Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW), wurde am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen, einer Enthaltung und einer Gegenstimme beschlossen. Er wird ab dem 20. September 2017 zur Unterzeichnung freigegeben. Neunzig Tage nach der Unterzeichnung und Ratifizierung von 50 Staaten wird er in Kraft treten. Damit werden Atomwaffen weltweit stigmatisiert und delegitimiert.

Niemand denkt, dass durch dieses Verbot Atomwaffen sofort abgerüstet werden. Es geht hier vielmehr um eine Änderung des Diskurses. Durch die Aberkennung der vermeintlichen Legitimität der Atomwaffen, die aus dem Atomwaffensperrvertrag stammt, wird auch die nukleare Abschreckung infrage gestellt. Darf ein Staat drohen, Massenmord zu begehen, um einen anderen Staat von einem Krieg oder gar einem Atomwaffeneinsatz abzuhalten? Nach diesem Vertrag nicht mehr.

### Verantwortung für das nukleare Erbe

Sehr positiv zu bewerten ist die Verpflichtung aller Staaten, die Sorge für Opfer von Atomwaffeneinsätzen und -tests in Form von medizinischer und psychologischer Unterstützung, Rehabilitation und vor allem auch Schutz vor Diskriminierung zu tragen. Wichtig ist auch die Verpflichtung der Staaten zur Umwelterehabilitation. Diese Aspekte der humanitären und ökologischen Auswirkungen wurden im bisherigen Diskurs selten erwähnt und damit auch wenig anerkannt. Darüber hinaus beinhaltet der Vertrag auch eine Anerkennung von genderbezogenen Auswirkungen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Frauen und Mädchen von den Folgen eines Atomwaffeneinsatzes sowie Tests stärker betroffen sind.

Diese Errungenschaften sind der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Verhandlungen zu verdanken. In diesem Punkt unterschieden sich die Verhandlungen und auch der Vertrag von früheren Prozessen. Es ist eine Stärke des Vertrags, dass er diese Erkenntnisse erwähnt und die realen Folgen dieser Massenvernichtungswaffen den sicherheitspolitischen und oft als „realistisch“ bezeichneten Argumenten von Atomwaffenstaaten und ihren Verbündeten gegenüberstellt. Dieser über lange Zeit

dominierende Diskurs neigte dazu, die faktischen und wissenschaftlich belegten katastrophalen Auswirkungen von Atomwaffen zu verschleiern.

### Welche Bedeutung hat der Vertrag für die Abrüstung?

Der Vertrag muss sich zunächst im internationalen Völkerrecht etablieren und argumentativ angewendet werden. Dies wird sicherlich im Rahmen der Konferenzen zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags geschehen. Mit dem TPNW haben die atomwaffenfreien Staaten jetzt ein Mittel, mehr Druck auf die Atomwaffenstaaten in Bezug auf ihre Abrüstungsverpflichtung auszuüben.

Auch die Zivilgesellschaft kann den Vertrag in ihrer Arbeit nutzen und fordern, dass die Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner sich nicht nur auf schwache Totschlagargumente wie „Realpolitik“ stützen. Sie sind nun politisch verpflichtet, sich mit dem Atomwaffenverbot auseinanderzusetzen. Künftige Regierungen und Parlamente werden immer wieder prüfen müssen, ob sie nicht doch mit der Mehrheit der Staaten einig werden und Atomwaffen ein für alle Mal abschaffen wollen.



IPPNW-Abrüstungsexpertin Xanthe Hall und Birte Vogel haben für die IPPNW die Atomwaffenverbotsverhandlungen in New York verfolgt.

Den vollständigen Kommentar finden Sie unter:  
[www.ippnw.de/startseite/artikel/de/der-vertrag-zum-verbot-von-atomwaffe.html](http://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/der-vertrag-zum-verbot-von-atomwaffe.html)

© Ralf Schliesener

# Gegen den Terror und für den Frieden

## Gesellschaftliche Partizipation und interreligiöser Dialog als Mittel gegen religiösen Fundamentalismus

Von Josef Freise



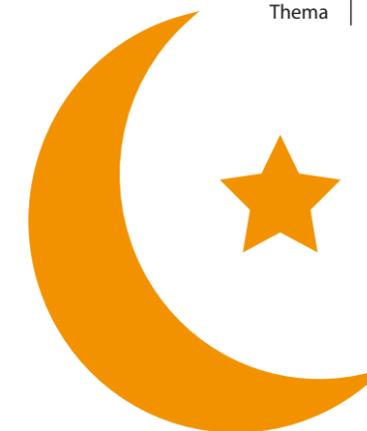
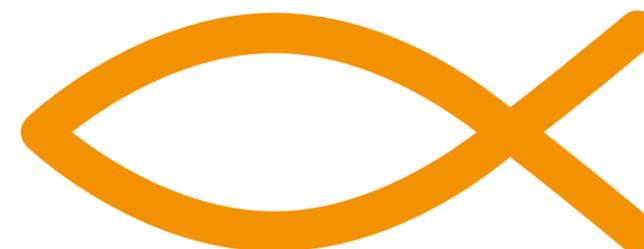
**Prof. Dr. Josef Freise**

ist Erziehungswissenschaftler und Theologe und war bis zu seiner Pensionierung im Februar 2017 über 20 Jahre Professor an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln. Zuvor war er beim Internationalen Christlichen Friedensdienst EIRENE mehrere Jahre als Referent und Geschäftsführer tätig. Er lehrt und forscht zu Fragen der Bildung, Sozialen Arbeit und Seelsorge im Kontext kultureller und religiöser Vielfalt.

[www.Josef-Freise.de](http://www.Josef-Freise.de)

**Prof. Dr. Josef Freise beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Phänomen religiös motivierter Gewalt und den friedensschaffenden Impulsen von Religion. Wir haben ihn um eine Einschätzung darüber gebeten, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um religiösem Fundamentalismus begegnen zu können.**

**In seinem folgenden Beitrag verweist Josef Freise einerseits auf die Notwendigkeit der Schaffung gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten, um die Ausgrenzung von Randgruppen zu verhindern. Andererseits macht er auf die Bedeutung des interreligiösen Dialogs, der auf der Akzeptanz der jeweils andersgläubigen Seiten aufgebaut sein muss, aufmerksam. Beide Aspekte, so Freise, sind Grundlage dafür, ein nachhaltig friedliches Zusammenleben der Kulturen zu ermöglichen.**



Religion kann auf Menschen großen Einfluss haben und eine enorme Bindungskraft entwickeln. Diese Bindungskraft ist ambivalent, denn Religion hat eine dunkle und eine helle Seite. Gerade weil Religion die emotionalen Tiefenschichten des Menschen anspricht, ist sie in der Lage, Fanatismus und Hass hervorzurufen. Es wäre aber falsch, Religion auf ihre dunkle Seite zu reduzieren. Religion kann auch ein Faktor der Selbstermächtigung der Unterdrückten sein. Das Vertrauen auf ihren Gott Jahwe ermutigte die Israeliten, sich gegen die Sklaverei in Ägypten zur Wehr zu setzen. Die Bürgerrechtsbewegung (Civil Rights Movement) in den USA mit Martin Luther King bezog sich auf diese biblische Befreiungserfahrung ebenso wie die Theologie der Befreiung in Lateinamerika. Bei der friedlichen Revolution in der DDR im Jahr 1989 waren die Montagsgebete Ausgangspunkt für anschließende Großdemonstrationen und die friedliche Revolution. Religion kann emanzipatorisch wirken und in Menschen Resilienzkräfte freisetzen.

### Religiös motivierte Gewalt: Fundamentalismus als Ausgangsbasis

Die terroristischen Anschläge gegen die satirische Zeitschrift Charlie Hebdo im Januar 2015, einen jüdischen Supermarkt im Februar 2016 und die Anschläge rund um das Fußballländerspiel Frankreich gegen Deutschland im November desselben Jahres haben ebenso wie die Anschläge von Nizza, Paris, Berlin oder Manchester die dunkle Seite von Religion sichtbar werden lassen und das Leben in unseren Gesellschaften verändert. Wir stehen vor der Frage, ob es auch in Zukunft zu weiteren Anschlägen kommen wird und welche angemessenen Sicherheitsmaßnahmen gegen diese Form der Gewalt die adäquatesten sind.

Religiös motivierte Gewalt gibt es in vielen Religionen. Ein religiöser Grund – neben anderen ökonomischen, sozialen, politischen und psychologischen Gründen – ist darin zu sehen, dass die jeweils eigene Religion als etwas Absolutes und als die einzige Wahrheit im Gegensatz zu den Falschheiten anderer Religionen gesehen wird, die notfalls eben auch mit Gewalt durchzusetzen ist. Diese exklusivistische Religionsauffassung wird oft auch mit dem Begriff des Fundamentalismus umschrieben, der inzwischen aber sehr unterschiedlich und zum Teil wie der Terrorismusbegriff als Kampfbegriff benutzt wird. Aber nicht jede religiöse Auffassung, die in der eigenen Religion die einzig wahre sieht, kann gleich als fundamentalistisch etikettiert werden. Die abrahamitischen Weltreligionen des Judentums, Christentums und des Islams beinhalten jeweils für sich

einen absoluten Wahrheitsanspruch und haben doch auch ein Potenzial der Toleranz und des Respekts gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen.

Der religiöse Fundamentalismus wird heute als ein Phänomen der Moderne und gleichzeitig als religiös motivierter Widerstand gegen die Moderne gesehen. In einer unüberschaubaren globalisierten Welt mit unterschiedlichsten Weltanschauungen und Religionen, die am gleichen Ort miteinander konkurrieren, wächst das Bedürfnis nach einfachen klaren Orientierungen, die Halt geben. So kann religiöser Fundamentalismus (ob islamisch, christlich, jüdisch oder säkular) als etwas gesehen werden, das in der Moderne entstand und das mittels der Denkmuster der Moderne Widerstand gegen dieselbe leistet. Als fundamentalistisch gelten in diesem Kontext diejenigen, die ihren eigenen Standpunkt verabsolutieren, den Anspruch



Interreligiöser Dialog und gemeinsames Gebet von Muslimen und Christen auf den Philippinen.

auf exklusiven Zugang zur religiösen Wahrheit vertreten und dabei keinen Respekt für Andersdenkende und Andersgläubige zeigen. Ihr Denken ist dogmatisch erstarrt; sie schotten sich von der Wirklichkeit ab und zeigen in extremer Form einen fanatischen Eifer in der Verfolgung ihrer Ziele mit dem Hang, Misserfolge auf das Wirken verschwörerischer Kräfte zurückzuführen. Politisch wird religiöser Fundamentalismus oft instrumentalisiert, um eigene Machtinteressen religiös begründet mit Gewalt durchzusetzen.

Wenn wir von Terror sprechen, assoziieren wir damit in erster Linie den islamistischen Terror. Es gibt bei uns in Deutschland aber auch den anderen, rechtsextremen Terror, der sich beispielsweise in Brandanschlägen auf unbewohnte und bewohnte Flüchtlingsheime (allein 2016 zählte das Bundeskriminalamt fast 1.000 Anschläge) oder im gezielten Töten von Menschen mit Migrationsgeschichte durch den Nationalsozialistischen Untergrund äußert.

Der Begriff des Terrorismus wird auch als Kampfbegriff benutzt. Gegnerische Aktivitäten werden in

gewaltsamen ethnisch konnotierten Konflikten beispielsweise als terroristische Aktivitäten bezeichnet, während die von der eigenen Gruppe eingesetzte Gewalt als berechtigtes Mittel zum Selbsterhalt oder zur Befreiung definiert wird. So war der IRA-Einsatz der republikanischen Iren für die nordirischen Protestanten klar terroristisch, während die katholisch-republikanischen Iren die IRA als militärischen Arm ihres Befreiungskampfes sahen. Der Anführer der palästinensischen FATAH Jassir Arafat wurde von den Israelis lange Zeit als Terrorist gesucht; später wurde er als Vertreter der Palästinenser anerkannt und erhielt mit Simon Peres den Friedensnobelpreis. Staatliche Gewalt wird im Gegensatz zu einer aus dem Untergrund heraus organisierten Gewalt schneller als legitim gedeutet, und es stellt sich die Frage, ob man nicht auch von einem Staatsterrorismus sprechen müsste, wenn völkerrechtswidrig Gewalt ausgeübt wird. Im Drohnenkrieg gegen Afghanistan und Pakistan, der wohl, wie wir von Edward Snowden wissen, von der US-Basis Ramstein (Rheinland-Pfalz) aus koordiniert wird, sind bereits mehrere tausend Menschen, darunter viele Zivilisten, umgek-

men. Andreas Bürkert, Professor für tropische Landwirtschaft, der häufig in Afghanistan unterwegs ist, bezeichnet den Sprengstoffgürtel als die „Drohne des kleinen Mannes“. Man mag einwenden, dass es ein Unterschied sei, ob unschuldige Zivilisten gezielt durch Selbstmordattentäter ums Leben kämen oder als Kollateralschaden bei Angriffen auf einzelne Terrorismus-Verdächtige. Für die Opfer ist dies aber irrelevant. Es ist wichtig zu wissen, dass Drohnenangriffe mit unschuldigen Opfern Menschen weiter in die Hände des Islamischen Staats und anderer Terrororganisationen treiben.

### Interreligiöser Dialog als Präventionsaufgabe

Religiöse Aufklärung ist ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit gegen Fundamentalismus. Sie delegitimiert theologisch den jeweiligen Fundamentalismus wie beispielsweise den Salafismus, der eine menschenfeindliche Form des Islam darstellt. Im Salafismus wird der Mensch zur Marionette eines menschengemachten Gesetzesglaubens. Allah als der Allbarmherzige kommt hier nicht mehr vor. Religiöser gewaltbereiter Extremismus entwickelt sich auf der Basis eines gesetzefixierten Glaubens, der sich einige Gewaltverse aus den jeweiligen heiligen Schriften herausucht und daraus eine Gewaltideologie zimmert. Es ist wichtig, diese Konstrukte theologisch zu dekonstruieren. Ohne ein solches fundamentalistisches Koranverständnis finden beispielsweise junge Muslime keinen Ansatz mehr, den Islam als Rechtfertigung für ihre wirren Gedankenkonstrukte heranzuziehen.

Im interreligiösen Dialog gilt es, die Friedenspotenziale der Religionen und auch nichtreligiöser Weltanschauungen hervorzuheben. Jesus von Nazareth ist mit seiner gelebten Gewaltfreiheit hier nicht nur engagierten Christinnen und Christen ein Vorbild – oft gegen gewalthaltige kirchliche Traditionen in ihren eige-

nen Kirchen. Der Jude Martin Buber sprach von „meinem Bruder Jesus“. Muslimen ist er ein Prophet und gilt als Wort Gottes. Mahatma Gandhi sagte, wenn die Christen Jesu Botschaft der Bergpredigt leben würden, wäre er auch Christ. Hindus sehen in Jesus eine göttliche Reinkarnation. Genauso können Christ\*innen in gewaltfreien Vertreterinnen und Vertretern anderer Religionen Vorbilder finden. Viel zu wenig werden Vertreter\*innen eines sich gewaltfrei verstehenden Islams wahrgenommen und gewürdigt. Der Paschtune Abdul Ghaffar Khan war ein muslimischer Weggenosse und Mitstreiter Mahatma Gandhis. Immer wieder wurde er wegen seiner Aktionen des zivilen Ungehorsams verhaftet und er verbrachte viele Jahre im Gefängnis. Abdul Ghaffar Khan gründete die Bewegung der Khudai Khidmatgar (Diener Gottes). Diese verpflichteten sich aus ihrem muslimischen Glauben heraus zur Praxis der Gewaltfreiheit und der Vergebung, zu einfachem Lebensstil und zu täglich mindestens zwei Stunden unentgeltlicher sozialer Arbeit. Sie leisteten einen Eid auf den Koran, dass sie nie in einer Armee dienen werden.

### Gesellschaftliche Partizipation als Präventionsaufgabe

Religiöse Aufklärung allein wendet aber Fundamentalismus nicht ab. Insbesondere junge Menschen geraten in die Fänge extremistischer Verführer, weil ihnen Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation fehlen. Wenn Menschen soziokulturelle Kränkungen durch Ausgrenzung erleben, wenn sie von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder als ethnische Minderheit keine Anerkennung erfahren, dann ist der Weg zu einfachen Antworten und Schuldzuweisungen nicht weit. Wer in der eigenen persönlichen und sozialen Identitätsentwicklung massiv beeinträchtigt wird, ist besonders gefährdet, Feindbilder zu konstruieren und sich in einer unerschütterlichen Ideologie oder in einer unangreif-

baren Heilslehre zu verlieren. Wenn Menschen erleben, dass ihre Stimme nicht gehört wird und dass sie aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, schaffen sie sich möglicherweise aus Frustration und Ressentiments eine Gegenwelt, die scheinbar Identität stiftet und Sicherheit schafft. Einzelne junge Muslime leben so in ihrer virtuellen „Umma“ (Gemeinde) der neuen sozialen Medien und schotten sich gegen die Umwelt ab, indem alle Andersgläubigen und Andersdenkenden als Heiden und Feinde des Glaubens konstruiert werden. Prävention extremistischen Handelns muss deshalb darauf zielen, dass sich Menschen nicht aufgrund von Arbeitslosigkeit oder aufgrund ihrer Migrationsgeschichte ausgegrenzt fühlen. Überall wo Partizipation und Integration gelingen, wird der Gefahr von Extremismus vorgebeugt. Die vielfältigen Anstrengungen der Jugendsozialarbeit und insbesondere auch der Jugendmigrationsdienste in Deutschland haben sicherlich mit dazu beigetragen, dass jugendliche Bandenbildung, wie sie aus den Vororten französischer Großstädte bekannt ist, im großen Stil bisher verhindert werden konnte.

Der interreligiöse Dialog kann das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft stärken, aber es bedarf vieler anderer Faktoren, um Populismus, Gewalt und Terror zu verhindern und nachhaltigen Frieden zu stiften. Wir wissen heute nur zu gut, dass Fundamentalismus und die Bereitschaft zu Gewalt auf einem Nährboden wachsen, der zumeist andere als religiöse Ursachen hat. Der Nährboden besteht oft aus wirtschaftlicher Not, aus sozialen Abstiegs- und Ausgrenzungserfahrungen sowie aus einem Vertrauensverlust in die Arbeit der politischen Eliten. Das alles treibt Menschen in die Arme von Populisten und Extremisten. Sich gegen wirtschaftliche, soziale und religiöse Ausgrenzung zu engagieren, hat deshalb auf dem Weg zu einem friedlichen Zusammenleben oberste Priorität.

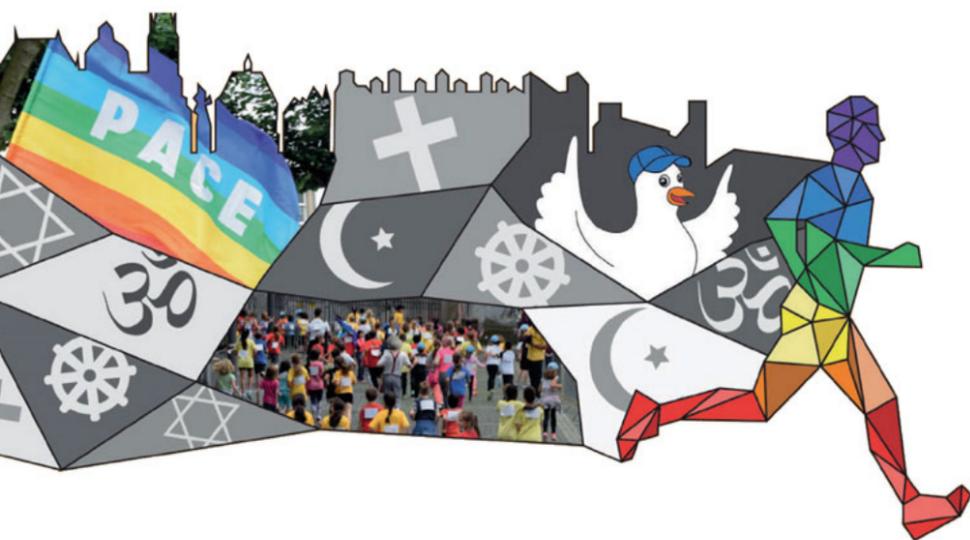
### Buchtipps



### Kulturelle und religiöse Vielfalt nach Zuwanderung

Theoretische Grundlagen – Handlungsansätze – Übungen zur Kultur- und Religions-sensibilität

In diesem im Wochenschau-Verlag veröffentlichten neuen Buch von Dr. Josef Freise, das im Herbst erscheinen wird (ca. 272 S.), sucht der Autor nach Antworten auf die Fragen, wie die Gesellschaft mit der kulturellen und religiösen Vielfalt in der Gesellschaft umgeht, die aufgrund der Migration von Arbeitskräften und geflüchteten Menschen immer größer wird. Wie gelingt Integration? Wie können Feindbilder und Rassismus verhindert werden? Das Buch will theoretisches Wissen und praktische Orientierungen in sozialen Berufsfeldern geben, in denen sich Professionelle und Ehrenamtliche vor Herausforderungen gestellt sehen, die aus Migration und Flucht entstanden sind.



Für den Aachener Friedenslauf 2017 unter dem Motto „Religion ohne Frieden? Das läuft nicht!“ entwarfen Studenten dieses Plakat.

# Wenn die „Wessidame“ kommt

Eine Kommune macht sich auf den Weg

Von Michaela Skott



Schloss Ludwigslust © Dieter Matthe, CC-BY-SA 4.0  
Rathaus © Niteshift (talk), CC BY 3.0

Ein kleiner Flecken Erde im westlichen Mecklenburg, unweit Schwerins – der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns –, hatte es schon in den Dreißigerjahren des 18. Jahrhunderts den damaligen Regenten des Herzogtums Mecklenburg-Schwerin so sehr angetan, dass sie ihre Residenz vom großen Schweriner Schloss hierher verlegten. Ganz unbescheiden ließ Herzog Christian Ludwig den damaligen Ort Klenow nach sich selbst benennen: Ludwigslust. Es entstand das „Versailles des Nordens“. Ein Barockschloss-Ensemble, das nunmehr saniert und in prachtvollem Glanz wiedererstrahlt. Ludwigslust wuchs zur Residenzstadt.



Antonie Armbruster-Petersen (rechts) beim Sommergrillfest 2016 im Café der kulturellen Vielfalt



Regelmäßig finden gemeinsame Feste mit Geflüchteten und Einheimischen in Ludwigslust statt, z. B. anlässlich des Zuckerfestes 2017.



© forumZFD – A. Armbruster-Petersen



© forumZFD – A. Armbruster-Petersen

Wer heute in die Gegend kommt, findet schicke Straßen mit roten Backsteinhäusern und Residenzbauten. Rund 12.000 Menschen leben in Ludwigslust. Verkehrstechnisch ist der Ort besser angebunden als die Landeshauptstadt: Mehrmals täglich fahren ICE-Linien die knappe Stunde nach Berlin und noch schneller nach Hamburg. Der Autobahnzubringer in dieselben Richtungen liegt unmittelbar am Stadtausgang. Es gibt mehrere große Industrieansiedlungen. Die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise gering.

Die Menschen hier sind, wie die Menschen in Mecklenburg eben so sind: Rau. Wortkarg. Herzlich. Zurückhaltung ist ihre Natur. Es lässt sich unschwer vorstellen, wie der erste Kontakt zu Ortsansässigen mit Antonie Armbruster-Petersen vom Team der Kommunalen Konfliktberatung des forumZFD ausgesehen haben muss. Die „Dame aus dem Westen“ spricht konsequent gendgerecht und hat einen Doppelnamen. Und das, wo die Menschen hier Schulz oder Müller heißen. Die gebürtige Schwarzwälderin, die lange Jahre u. a. in Berlin gelebt und gearbeitet hat, hat sich Mecklenburg bewusst als Einsatzort ausgesucht. Seit Langem kennt sie durch Freundschaften hier Land und Leute. Sie weiß, dass der Erfolg ihrer Arbeit davon abhängt, ob es ihr gelingt, eine gute Vertrauens- und Beziehungsebene zu erreichen.

Als sie im Dezember 2015 für das forumZFD nach Ludwigslust kommt, hält der Strom von Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten, ungebrochen an. Flüchtlinge – das ist für die Kommune kein neues Thema. Schon lange werden sie in einer Gemeinschaftsunterkunft der Stadt untergebracht. Doch was in dieser Zeit passiert, sprengt alles bisher Dagewesene: „Es war eine Zeit großer Herausforderungen und oft auch der Überforderung“, blickt sie zurück.

„Alle haben gut gearbeitet, teilweise auch weit über die eigene Kraft hinaus. Was fehlte, war die Koordination untereinander.“ Antonie Armbruster-Petersen berichtet, wie sie auf eine Stadt traf, in der an vielen verschiedenen Ecken die Ärmel hochgekrempt wurden. Der eigentliche Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung – nämlich der Schwerpunkt auf die Analyse und Beratung – muss vor der Realität zunächst weichen. „Störungen haben Vorrang; wenn auch nicht immer. Aber in dieser Situation konnte ich nicht anders handeln: Wie sollen wir mit den Akteuren in eine Analyse einsteigen, wenn die aufgrund der Lage gar keinen Kopf dafür haben? Veränderungen brauchen Zeit und den Raum, sich ihnen zu öffnen“.

### Alle packen mit an

Also packt die Konfliktmanagerin zusammen mit einem weiteren Kollegen vom forumZFD zunächst mit an. Sie beginnen zu netzwerken, bauen Strukturen auf. Sie initiieren einen „Runden Tisch Integration“, von dem eine Vertreterin der AWO heute sagt, man würde dort in drei Stunden die Absprachen schaffen, für die man sonst drei Wochen brauchte.

„Begegnung schaffen ist das A und O unserer Arbeit“, sagt Antonie Armbruster-Petersen. Sie trifft viele engagierte Menschen. Sie begegnet aber auch den Ängsten der Stadtgesellschaft. Eine weitere Gemeinschaftsunterkunft soll entstehen. Von der Verdopplung der Aufnahme auf über 500 Geflüchtete ist die Rede.

Die Angst vor der „Islamisierung des Abendlandes“ wächst. Die AfD ist im Aufwind – in einer Region, die unter Neonazis als „Siedlungsgebiet“ und „Nationalbefreite Zone“ gilt. Aber auch die Angst vor dem „Wie sollen wir das alles schaffen?“ bei den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Mittendrin der parteilose Bürgermeister Reinhard Mach, der sich den Projektbeginn schon viel früher gewünscht hatte. Dass das eine mit dem anderen zusammentrifft, war letztlich ein Zufall. Für ihn ist die Kommunale Konfliktberatung eine gute Entscheidung, die er maßgeblich mit angestoßen hat.

Die Arbeit mit den Experten in der Integrationsarbeit macht es leichter, notwendige Strukturen zu schaffen, ohne dass Entscheidungen zum Spielball politischer Interessen werden: „Wir kommen gezielt nicht aus den Stadtgesellschaften, in denen wir beraten, damit wir neutral und allparteilich bleiben können“, erklärt Antonie Armbruster-Petersen. Sie begleitet die Kommunale Konfliktberatung beim forumZFD seit 2011. „Das ist zwar schwierig, aber notwendig. Alle sehen, dass ich

nicht mit jemandem verhandelt bin. Der Bürgermeister ist nicht mein Vorgesetzter. Für manch einen ist es dann leichter, sich auf Veränderungen einzulassen.“ Und dass es diese strukturellen Veränderungen in der Verwaltung geben muss, daran lässt die Arbeit in Ludwigslust keinen Zweifel.

„Es ist schon spannend, hier im Rathaus zu sitzen“, meint die Beraterin. Das Büro des forumZFD liegt direkt neben dem der Öffentlichkeitsarbeit und der Wirtschaftsförderung. Auch Olaf Schmidt, der Integrationsbeauftragte, sitzt nebenan. Dass ausgerechnet Integration eine Querschnittsaufgabe ist, war hier nicht allen von Anfang an klar. Ein bisschen lacht Antonie Armbruster-Petersen noch über die Anfänge von damals: „Da stand ‚Integration von Migranten‘ auf meinem Türschild und plötzlich standen die Geflüchteten hier Schlange. Interessant – für beide Seiten.“



*Die Tätigkeit von Antonie Armbruster-Petersen als Beraterin in Ludwigslust ist Teil des forumZFD-Programms Kommunale Konfliktberatung. Mit diesem innovativen Ansatz unterstützt das forumZFD Kommunen bei sozialen Veränderungsprozessen. Aktuell sind unsere Beraterinnen und Berater in Osterholz-Scharmbeck, Hamburg-Bergedorf, Tübingen, Salzgitter, Berlin Moabit-Ost, Quakenbrück und auf Landesebene in Niedersachsen tätig. Weitere Informationen finden Sie unter: [www.kommunale-konfliktberatung.org](http://www.kommunale-konfliktberatung.org)*

Dass dort heute „Teilhabe und Vernetzung“ steht, war Teil eines Lernprozesses. Was hat beispielsweise die Wirtschaft mit den Flüchtlingen zu tun? Dass aus den fremden Gästen neue Mitglieder der Stadtgesellschaft werden können, war nicht immer so. Lange Zeit wollten die Geflüchteten von hier aus vor allem eines: weg in die Großstädte. Doch sowohl die Gesetzgebung als auch die Wohnraumsituation in den Ballungszentren geben diese Möglichkeit nur noch selten her. Aus Flüchtlingen werden nun Wohnungs- und Arbeitsuchende, Unternehmerinnen und Nachbarn. Man trifft sich in der Kita, in den Schulen, im Park und beim Eisessen.

© Michaela Skott



*Bart Denys, Programmleiter des forumZFD, und Antonie Armbruster-Petersen vor dem Rathaus mit Olaf Schmidt, Bettina Lobenberg und Bürgermeister Reinhard Mach.*

Olaf Schmidt ist eigentlich Jugendpfleger in der Verwaltung. Ihm sind diese Themen lange vertraut. Für die Integrationsarbeit hat er sieben Stunden in der Woche Zeit: „Vieles von dem, was ein Integrationsbeauftragter leisten muss, hat zunächst Antonie übernommen“, berichtet er. Im Büro der Beraterin steht die Tür einladend offen. Gäste bekommen schon einmal einen Glückstee mit Hafermilch angeboten. Ein herzliches „Hallo!“ schallt alle paar Minuten herein oder heraus. Die „Wessidame“ ist angekommen.

### Und wie geht es weiter?

Ein ehrenamtlicher Helfer hat einen Termin gemacht. Mittlerweile ist klar: Eine Gemeinschaftsunterkunft wird geschlossen. Der pensionierte Ingenieur hatte dort Schulkindern Nachhilfeunterricht gegeben. Nun will er wissen, ob es neue Aufgaben für ihn gibt. Der Weg zu Antonie Armbruster-Petersen ist für ihn selbstverständlich: „Sie koordinieren das doch hier. Das muss schon alles seine Ordnung haben.“ Der Ehrenamtler hat verstanden, worauf es ankommt. In Zukunft wird es darum gehen, diese Arbeit in die Strukturen der Stadtgesellschaft zu übertragen. Damit Antonie Armbruster-Petersen zu ihrer eigentlichen beratenden Aufgabe übergehen kann.

Und dann ist da Rula Assad: Die Syrerin ist Psychologin und hat als Sozialarbeiterin gearbeitet. Vor zwei Jahren hat sie mit ihrer Familie in Deutschland ein neues Leben angefangen. Mittlerweile spricht sie fließend Deutsch. Ihr eigenes Engagement in der Flüchtlingsarbeit ist ihr sehr wichtig. „Sie ist eine Schlüsselakteurin und davon braucht es noch weitere; deutsche ebenso wie migrierte. Sie können als Vorbilder und Multiplikatorinnen fungieren“, sagt Antonie Armbruster-Petersen und Rula Assad nickt.

Als es am Runden Tisch um die Suche nach Wohnraum für Familien geht, fragt die Syrerin genau nach. Sie beschreibt die Erwartungshaltungen der Familien, lässt sich die Abläufe erklären und kann deshalb bei Rückfragen in Zukunft bessere Auskünfte geben.

Antonie Armbruster-Petersen moderiert und gibt einen Ausblick auf die nächste Sitzung, die nur ein Thema haben soll: „Nach dem Aufbau von Strukturen müssen wir nun über Verstetigung sprechen. Das geht nur, indem wir die Aufgaben von Einzelpersonen entkoppeln.“ An manchen Stellen, das weiß sie, klappt es schon gut. Wenn beispielsweise die Pastorin aus dem Ökumenischen Helferkreis für ein Internationales Picknick von sich aus die Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt koordiniert.

Was genau künftig benötigt wird, darüber sollen demnächst die Ergebnisse der systemischen Konfliktanalyse Auskunft geben. Was von dem Notwendigen sich Ludwigslust leisten kann (und will), wird sich zeigen. Die Aufgaben von Antonie Armbruster-Petersen werden sich in jedem Fall wandeln. „Konflikte sind nicht nur negativ zu bewerten“, darauf legt sie viel Wert. Systematisch bearbeitet bieten sie Chancen für neue Wege. Ihre neue Kollegin Bettina Lobenberg lobt den Mut der Verwaltung in Ludwigslust: „Die Bereitschaft ist da, sich den Spiegel vorzuhalten.“

Reinhard Mach ist offen für diese Beratung. Seine Verwaltung hat sich auf den Weg gemacht. Nun muss die Integration gelingen. Tut sie das nicht, können selbst kleine Probleme eine ungeheure Strahlkraft entfalten. Antonie Armbruster-Petersen freut sich, nun den nächsten Schritt gehen zu können. Er wird auch in die Stadtpolitik führen. Noch einmal eine neue Herausforderung, die es zu meistern gilt. ■

# Verantwortung



Was bedeutet eigentlich Verantwortung für uns? Der Begriff bezeichnet „die Zuschreibung einer Pflicht zu einer handelnden Person oder Personengruppe (Subjekt) gegenüber einer anderen Person oder Personengruppe (Objekt) [...] Handlungen und ihre Folgen können [...] für den Verantwortlichen zu Konsequenzen wie Lob und Tadel, Belohnung, Bestrafung oder Forderungen nach Ersatzleistungen führen.“ (wikipedia.org)

Der afghanische Junge auf dem Foto wird diese Definition von Verantwortung wohl kaum im Kopf gehabt haben. Aber dass er Verantwortung trägt und wahrnimmt, ist deutlich zu erkennen. Eine Verantwortung, die in vielen Ländern von Kindern und Jugendlichen bereits in jungem Alter übernommen werden muss.

# Wer in einer Demokratie schläft, der kann in einer Diktatur aufwachen.

Die Gewerkschafterin Annelie Buntenbach im forumZFD-Interview

Annelie Buntenbach, geboren 1955 in Solingen, trat nach ihrem Studium der Geschichte und Philosophie in Bielefeld und mehrjähriger Arbeit als Setzerin 1978 in die Gewerkschaft ein. Heute ist sie Mitglied des vierköpfigen Geschäftsführenden Bundesvorstands im Deutschen Gewerkschaftsbund und vertritt mehr als sechs Millionen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Ihre Themen sind Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Seniorenpolitik, Recht und Europa-, Migrations- und Antirassismuspolemik.

© DGB – Simone M. Neumann

**Seit fast 40 Jahren setzt sich Annelie Buntenbach für soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus ein. Wir sprachen mit ihr über die neue Aufrüstungsdebatte und ihre Erwartungen an die Bundestagswahl 2017.**

**Warum unterstützen Sie als Erstunterzeichnende den Aufruf „Für eine Politik der Vernunft“?**

**Annelie Buntenbach:** Ich bin sehr froh über die Initiative zu diesem Aufruf, denn mir macht große Sorgen, wie in der politischen Diskussion immer mehr die Illusion vermittelt wird, mit Krieg könne man Probleme lösen oder Konflikte gewinnen. Diese Illusion führt nur dazu, dass Militärhaushalte weiter aufgebläht werden und militärisches Eingreifen immer früher als Option in die Debatte eingebracht wird, die vermeintlich schnellen Erfolg verspricht. Stattdessen sollte die Aufmerksamkeit viel stärker darauf gerichtet werden, wie eine Politik der Vernunft gestärkt und Frieden und Gerechtigkeit gefördert werden können.

**Neben der neuen Aufrüstungsdebatte greift der Aufruf auch die Frage auf, wie wir mit dem Thema Terrorgefahr und Radikalisierung umgehen sollen.**

**Annelie Buntenbach:** Die Debatte um innere Sicherheit wird oft sehr verkürzt geführt, als Frage vom starken Staat und verschärfter Gesetzgebung. Der Überbietungswettbewerb an repressiven Maßnahmen und Abwehr stärkt nur diejenigen, die auf das Schüren von Angst vor Geflüchteten, vor Zuwanderung insgesamt und vor gesellschaftlicher Veränderung setzen. Es ist aber auch in der Sache falsch, weil wir mit mehr Repression kein einziges Problem an den Wurzeln packen, sondern vor allem eine Menge neuer Probleme schaffen.

**Wie sollte die Debatte Ihrer Ansicht nach geführt werden?**

**Annelie Buntenbach:** Klar, wir brauchen eine Diskussion über Sicherheit, die hat eine ganze Menge Facetten. Da geht es zum Beispiel auch um die Überlastung des Personals im Öffentlichen Dienst – in den sozialen Diensten, bei Behörden, bei der Polizei, deren Präsenz beispielsweise in Brennpunkten so manchen Konflikt von vornherein entschärfen könnte. Hier muss wieder investiert werden. Und wir müssen darüber sprechen, was Sicherheit für die Bevölkerung ausmacht. Dabei halte ich es für ganz entscheidend, soziale Sicherheit einzubeziehen. Ob es ein sicheres Netz gibt, wenn man krank wird, arbeitslos oder im Alter, oder ob man dann befürchten muss, abzustürzen, macht für die Betroffenen und für das Klima in der Gesellschaft einen entscheidenden Unterschied aus. Hier müssen wir über Sicherheit in einem viel breiteren Zusammenhang reden.

**Was wären die vordringlichsten Aufgaben für die nächste Bundesregierung, damit sozialer Zusammenhalt und der Präventionsgedanke gestärkt werden?**

**Annelie Buntenbach:** Zum einen brauchen wir dringend eine Stärkung und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, vor allem bei der Rente. Die Politik ist gefordert, damit die Menschen keine Angst vor den großen Lebensrisiken wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit haben. Und: Wir brauchen endlich wieder mehr Investitionen in soziale Infrastruktur, in Bildung, aber auch in die Bekämpfung von Armut. Im Moment ist die Gesellschaft tief gespalten, und große Teile der Politik sehen zu, wie sie immer weiter auseinanderdriftet. Um den Ernst der Lage zu erkennen, genügt ein Blick in den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

**Haben Sie den Eindruck, dass diese Einsichten von einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler geteilt werden?**

**Annelie Buntenbach:** Nach meiner Erfahrung wünschen sich viele Menschen, dass Fragen der sozialen Gerechtigkeit zur Bundestagswahl von den Parteien aufgenommen und diskutiert werden. Natürlich sind wir auch als Gewerkschaften gefragt, gerade die Arbeits- und Lebenswirklichkeit im politischen Raum immer wieder zum Thema zu machen.



Mehr Investitionen in soziale Gerechtigkeit statt in Aufrüstung ist eine der Forderungen des Aufrufs [www.politikdervernunft.de](http://www.politikdervernunft.de).

**Lange galt „Wohlstand durch Wachstum“ als Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Dieses Paradigma scheint endgültig überholt, wenn wir soziale Gerechtigkeit global denken und zugleich die Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten berücksichtigen. Wird in den Gewerkschaften nationale und globale, soziale und ökologische Gerechtigkeit schon zusammengedacht?**

**Annelie Buntenbach:** Zunächst mal setzen wir als Gewerkschaften auf qualitatives Wachstum. Das bedeutet Investition und Entwicklung in nachhaltigen Bereichen, wie zum Beispiel regenerative Energien und soziale Infrastruktur. Wir setzen uns für einen fairen Welthandel ein

© Flickr/Uwe Hilsch, Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0

und eben keine Geheimdiplomatie, wie Investitionsschutz hinter verschlossenen Türen und Sonderabreden in Handelsabkommen.

**Sind diese Themen auch an der Basis präsent?**

**Annelie Buntenbach:** Es gibt viele engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter oder auch Betriebsräte, die auch genau diese Themen und Zusammenhänge vorantreiben. Aber es ist kein Selbstläufer, dass wir über den eigenen nationalen Tellerrand hinausdenken, das muss immer wieder aktiv in die Diskussion hineingebracht werden.

**Weitaus umstrittener ist innerhalb der Gewerkschaften sicherlich das Thema Rüstungsexporte. Stimmt dieser Eindruck?**

**Annelie Buntenbach:** Nein. Wir stehen alle dafür ein, dass Exportmöglichkeiten nicht über Menschenrechte gestellt werden dürfen. Nötig ist eine restriktive Regelung von Waffenexporten. Rüstungsexporte in Krisenländer sind definitiv zu unterlassen.

**Würden Sie sich noch eine darüber hinausgehende Position wünschen, wie sie auch von einer ganzen Reihe von Organisationen und Kirchen seit mehreren Jahren gefordert wird?**

**Annelie Buntenbach:** In den Gewerkschaften wird – wie in vielen anderen Organisationen auch – immer wieder lebhaft, engagiert und auch kontrovers darüber diskutiert, welche Rüstungsexporte und ob Rüstungsexporte überhaupt legitim sind. Und diese kontinuierliche kritische Diskussion über dieses wichtige Thema steht uns, finde ich, gut an.

**Wenn sich die Umfragen bestätigen, wird am 24. September mit der AfD eine rechtspopulistische Partei, die auch unter der vermeintlich klassischen Klientel von Gewerkschaften und linken Parteien Anhänger findet, in den Bundestag einziehen. Wie gehen Sie damit um?**

**Annelie Buntenbach:** Die AfD ist aus unserer Sicht keineswegs eine normale Partei. Sie ist für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht wählbar, weil sie die Gesellschaft entlang ethnischer Linien versucht zu spalten. Außerdem vertritt sie keine Arbeitnehmerinteressen, ganz im Gegenteil. Wir treten der AfD überall da klar entgegen, wo sie versucht, die Gesellschaft zu spalten und Geflüchtete und Zuwanderer zu Sündenböcken für soziale Probleme zu machen. Antworten auf soziale Probleme liegen mit Sicherheit nicht in der Bekämpfung der Flüchtlinge, sondern in mehr sozialer Gerechtigkeit für alle in der Gesellschaft. Die AfD ist nicht, wie sie behauptet, sozial, sondern eine neoliberale Partei. Das zeigt sich schon daran, was sie bei der Steuer vorhat: keine Vermögenssteuer und Abschaffung der Erbschaftssteuer.

**Die Gewerkschaften und auch Sie persönlich engagieren sich schon lange gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Welche besonders gelungenen Projekte möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern ans Herz legen, wenn sie auch aktiv werden wollen?**

**Annelie Buntenbach:** Es gibt eine Reihe von ausgesprochen guten Initiativen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Da fallen mir zum Beispiel die Stammtischkämpfer und -kämpferinnen mit ihren Argumentationstrainings und Zusammenschlüssen vor Ort ein. Andere recherchieren



Ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung in Köln-Ehrenfeld: Der Spruch stammt aus einem Gedicht, das Georg Herwegh im Jahr 1863 zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als eine Hymne auf das revolutionäre Proletariat verfasste.



© flickr/AktionAufschrei, Samantha Staudte, Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0

gründlich, zum Beispiel in den Internetforen der lokalen AfD und machen rassistische und antisemitische Aussagen öffentlich zum Thema. Größere öffentliche Aktionen wird es immer wieder geben müssen, die brauchen breite Unterstützung, wie zum Beispiel die Demonstration gegen das Treffen europäischer Rechtspopulisten in Koblenz, deren Motto mir sehr gut gefallen hat: „Wer in einer Demokratie schläft, der kann in einer Diktatur aufwachen.“ Ich finde es wichtig, dass man sich mit Leuten zusammenschließt, sei es in der Gewerkschaft, im Betrieb oder auch in breiteren Bündnissen, um zu zeigen, dass wir denjenigen, die auf Spaltung, Sündenböcke und Menschenverachtung setzen, nicht den öffentlichen Raum überlassen.

**Lassen Sie uns zum Abschluss noch einmal über die anstehende Bundestagswahl sprechen. Was muss passieren, damit der Aufruf „Für eine Politik der Vernunft“ Gehör findet?**

**Annelie Buntenbach:** Ich bin überzeugt davon, dass in diesem Bundestagswahlkampf die Forderung aus den USA, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Militär auszugeben, Thema sein wird. Dem muss eine klare Absage erteilt werden - hier erwarte ich, dass alle Parteien sich eindeutig festlegen. Wenn sie das nicht von sich aus tun, sollten wir das einfordern. Wir müssen zeigen, wie groß und breit die Ablehnung in der Gesellschaft ist – es

Das Thema Rüstungsexporte beschäftigt auch die Gewerkschaften. Mit der Aktion Aufschrei – im Bild bei einer Protestaktion vor dem Deutschen Bundestag – setzt sich ein breites Netzwerk für ein Verbot von Rüstungsexporten ein.

wäre ein fataler Fehler, weil damit die Rüstungsspirale weiter in Gang gesetzt würde. Dabei wird das Geld dringend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gebraucht. Wenn wir dieses konkrete Thema zum Ausgangspunkt machen, sind die Chancen gut, auch die dahinterliegenden grundsätzlichen Ideen zum Thema zu machen, wie man die Aufrüstungsspirale stoppen kann und Frieden und Gerechtigkeit fördert.

**Eine gute Gelegenheit an die Öffentlichkeit zu gehen, ist der Anti-Kriegstag am 1. September. Wird der DGB auch in diesem Jahr dazu aufrufen?**

**Annelie Buntenbach:** Auf jeden Fall! Der DGB ruft hier jedes Jahr auf, und vor Ort gibt es eine Menge Veranstaltungen, die Gelegenheit zu Diskussionen und Demonstration gegen Krieg und Kriegsgefahren in der Welt bieten, aber auch zur Erinnerungsarbeit, damit es nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus gibt. Ich hoffe, dass sich auch dieses Jahr viele daran beteiligen werden.

**Die Einladung geben wir gerne an die Leserinnen und Leser weiter. Herzlichen Dank für das Gespräch.**

# Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 15. September das Lösungswort und gewinnen Sie ein Paket unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendenden des Lösungswortes lösen wir drei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner aus.

Informationen zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie auf [www.forumZFD.de/kaffee gemahlen](http://www.forumZFD.de/kaffee gemahlen)



## Die Rätselfragen:

1. Anregung
2. Geburtsort von Albert Einstein
3. Hauptstadt von Mazedonien
4. Unbemanntes Flugobjekt
5. Neues Wahrzeichen Hamburgs
6. Abk. Skandalbau in Berlin
7. Vertrauensvoll, sensibel, kompromissuchend
8. Einleuchtend, folgerichtig
9. Platz am Kölner Dom
10. Partnerorganisation des forumZFD in Israel&Palästina
11. Umkehr in der Energiepolitik
12. Konfliktsensible Interaktion

13. Bekannter Whistleblower
14. Stur, eigenwillig
15. Rechtschaffenheit
16. Zusammenhalt
17. Ausgabensteigerung im Verteidigungsetat
18. Fachbegriff für Fremdenfeindlichkeit
19. Benachteiligung
20. Vorläufiges Niederlegen von Waffen
21. Wunschvorstellung
22. Vernunft (lat.)
23. Abkürzung
24. Schriftliche Vereinbarung

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 18. September unter [www.forumZFD.de/raetsel](http://www.forumZFD.de/raetsel).

# Fli

Ein traditionelles albanisches Gericht



Fli, ein typisch albanisches Gericht, wird zu jeder Tages- und Jahreszeit in Kosovo und Albanien gegessen. Die sehr deftige, mächtige Mahlzeit wird traditionell draußen in einem „Kohlebett“ gebacken, doch auch im Backofen gelingt sie sehr gut. Obwohl das Rezept nicht schwierig ist, erfordert die Zubereitung doch viel Zeit. Gut dazu passen Joghurt oder Ayran und frisches oder eingelegtes Gemüse. Ju bëftë mirë! (Albanisch für „Guten Appetit!“)

Das Rezept stammt von Vjollca Islami Hajrullahu und Maike Dafeld aus dem forumZFD-Büro in der Hauptstadt Pristina in Kosovo.

## Zutaten:

- 1 kg Weizenmehl
- 1 l Wasser
- 1 Prise Salz
- 1 kleines Stück geschmolzene Butter

## Für die „Füllung“:

- 400 g Sahne
- 2 Becher Schmand
- 100 g geschmolzene Butter
- 200 g Naturjoghurt
- 1 Prise Salz

## Zubereitung:

Die Teigzutaten zu einem gut fließenden Teig verarbeiten (ähnlich einem Pfannkuchenteig).

Die Zutaten für die Füllung ebenfalls mischen.

Nun eine runde Backform (ähnlich einer Springform) oder ein rundes Blech einfetten und einen Teil des Teigs löffelförmig vom Rand zur Mitte streichen. In die entstandenen Zwischenräume etwas von der Füllung streichen, bis der gesamte Boden der Form dünn bedeckt ist.

Die erste Schicht bei 250 °C Oberhitze im Backofen auf oberster Schiene kurz backen (nur wenige Minuten), bis der Teig braun wird.

Nun den Vorgang wiederholen und Teig und Füllung (diesmal versetzt zur ersten Schicht) wieder strahlenförmig verteilen und erneut kurz backen.

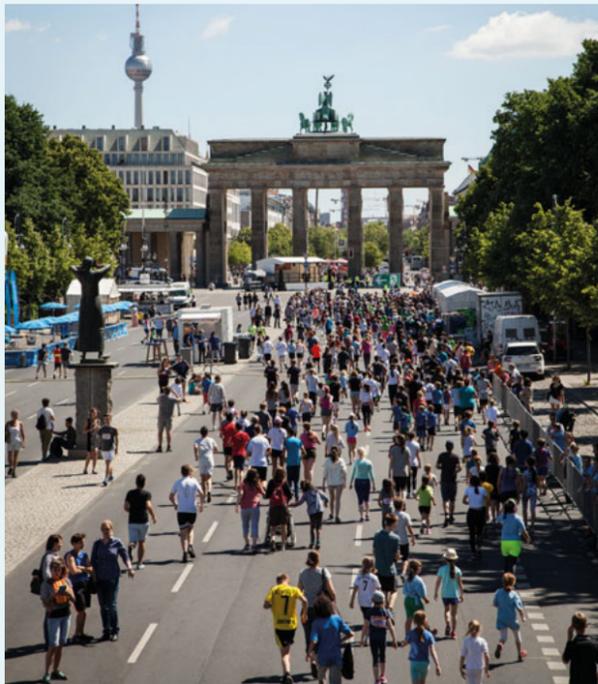
Das Ganze so lange wiederholen, bis nur noch etwas Füllung übrig ist. Den Rest der Füllung nochmal in einer dicken Schicht auf der fertigen Fli verteilen und mit einem Küchentuch abgedeckt 15 Minuten stehen lassen. Anschließend warm servieren.



## Fleißige Füße in Darmstadt, Aachen, Berlin und Neuss

In der Saison 2017 haben bereits fast 10.000 Kinder und Jugendliche ihrer Begeisterung für den Frieden freien Lauf gelassen. Unter dem Motto „Gemeinsam in Frieden leben“ setzten allein in Berlin knapp 4.500 Schülerinnen und Schüler von insgesamt 42 Schulen ein eindrucksvolles Zeichen für eine Willkommenskultur und Solidarität mit Geflüchteten. Besonders unerschütterlich zeigte sich das Neusser Marie-Curie-Gymnasium: Trotz zwischenzeitlich starkem Regen drehten 200 Läufer und Läuferinnen ihre Runden im Rennbahnpark.

Zwei weitere Läufe finden dieses Jahr in Bonn (22. September 2017) und Jülich (29. September 2017) statt. Nähere Informationen finden sich unter [www.run4peace.eu](http://www.run4peace.eu)



Der 12. Berliner Friedenslauf rund um das Brandenburger Tor war wieder ein voller Erfolg.

## Filmvorführungen in Serbien abgesagt



Zwei Veranstaltungen im Rahmen des Projekts „Ordinary People – Missing Rights, Finding Solutions“ (Ganz normale Menschen – Missstände aufdecken, Lösungen finden) des forumZFD in Serbien mussten aufgrund von Drohungen und Gewalt abgesagt werden.

Vor Beginn der Veranstaltung im Medienzentrum von Nis suchte eine Person unter Androhung von Gewalt gegen die Teilnehmenden die Filmvorführung und anschließende Podiumsdiskussion zu verhindern. Menschen, die sich aus dem Gebäude in Sicherheit bringen wollten, wurden beleidigt und mit Steinen und Erdklumpen beworfen. Der Polizei vor Ort gelang es größtenteils, das Team und die Gäste vor Übergriffen zu schützen. Dennoch konnte die Veranstaltung nach dem Zwischenfall nicht mehr stattfinden. Eine weitere geplante Filmvorführung wurde im Vorhinein abgesagt, nachdem die Organisatoren unzählige Drohungen erhalten hatten.

Bei den Veranstaltungen sollte der Dokumentarfilm „Albanians are our Sisters“ (Die Menschen aus Albanien sind unsere Schwestern) gezeigt werden, der für das Gemeinschaftsprojekt von der Independent Journalist Association of Vojvodina (Unabhängige Journalistenvereinigung von Vojvodina), BIRN Kosovo und forumZFD entstanden ist. Das Projekt hat zum Ziel, durch positive Beispiele aus der Kriegszeit die Menschen einander näher zu bringen und gegenseitige Vorurteile abzubauen.

## Gemeinsam sozialen Wandel und Integration gestalten

Auf dem 22. Deutschen Präventionstag in Hannover stellte das forumZFD seine Arbeit zur Kommunalen Konfliktberatung vor. Der jährlich stattfindende Kongress bringt Wissenschaft und Praxis von Polizei, Behörden und sozialen Trägern zusammen. In diesem Jahr stand das Thema „Prävention und Integration“ im Mittelpunkt der Fachmesse mit mehr als 3.000 Teilnehmenden, darunter auch viele Vertreter und Vertreterinnen von Polizei und Verwaltung aus Osteuropa.

Mit dabei waren Projektpartner des forumZFD aus den Städten Ludwigslust und Salzgitter sowie vom Sozialwissenschaftlichen Dienst der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen. Auf Einladung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung stellten Beraterinnen und Berater des forumZFD die Kommunale Konfliktberatung auch am Infostand des Ministeriums vor.

Programmleiter Bart Denys und Vorstand Carsten Montag werteten die Veranstaltungen des forumZFD auf dem Präventionstag als Erfolg: „Wir werden an die zahlreichen neuen Kontakte anknüpfen und unseren Beitrag leisten zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte.“



## Meine Nation. Deine Nation. Unsere Nation?



Im westlichen Balkan haben sich die Grenzen im Laufe der Geschichte immer wieder verändert. Über die Jahre wurden sie von Fremdmächten aufgestellt, niedergedrückt, erneut gezogen, verschoben und diskutiert. Mit dem Aufkommen nationalstaatlicher Konzepte und vor dem Hintergrund großer Instabilität in der Region begann sich der Nationalismus in der Region auszubreiten, dessen Relevanz noch heute spürbar ist.

Die sechste Ausgabe des Magazins *Balkan Perspectives* mit dem Titel „My nation. Your nation. Our nation?“ zeigt auf, wie Nationalismus mit dem Prozess der Vergangenheitsarbeit zusammenhängt, wie er sich verbreitet und welche Risiken und zugleich Möglichkeiten er mit sich bringt.

*Balkan Perspectives* ist eine Antwort auf die konkurrierenden historischen Narrative im Westlichen Balkan. Es präsentiert alternative Erinnerungen und inklusive Wege, mit der Vergangenheit in Serbien, Mazedonien, Kosovo und Bosnien und Herzegowina umzugehen. Dabei kommen regionale und lokale Stimmen zu Wort und zeigen ganz unterschiedliche, zum Teil kontroverse Perspektiven auf. Das Magazin wird vom forumZFD dreimal jährlich in vier Sprachen herausgegeben.



## Viel Zustimmung und politische Kontroverse

# Resonanz auf den Aufruf zur Bundestagswahl 2017

Im Mai hat das forumZFD den Aufruf „Für eine Politik der Vernunft. Aufrüstungsspirale stoppen – Frieden und Gerechtigkeit fördern“ initiiert. Rund 40 Persönlichkeiten aus Kultur, Medien, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft warben als Erstunterzeichnende für den Aufruf, darunter der Liedermacher Hannes Wader, die Theologin Margot Käßmann, Bischof Heinz Josef Algermissen, die Gewerkschafterin Annelie Buntenbach, die Politologin Prof. Dr. Ulrike Guérot und der Journalist und Chefredakteur des Polit-Magazins Monitor Georg Restle.

Mehr als 4.000 weitere Personen haben den Aufruf inzwischen unterzeichnet. Die große Resonanz und viele persönliche Rückmeldungen zeigen, dass die drohende Aufrüstung und Spaltung unserer Gesellschaft viele Menschen beschäftigt.

Doch wie reagiert die Politik auf die Forderungen des Aufrufs, und welche Chancen bestehen, dass sie von der nächsten Bundesregierung tatsächlich aufgegriffen werden? Um das herauszufinden, haben wir uns die Wahlprogramme der Parteien genauer angesehen und für Sie die wichtigsten Aussagen zu den Forderungen des Aufrufs zusammengefasst.



**Prof. Dr. Dr. h. c. Margot Käßmann**  
Botschafterin des Rates  
der EKB für das  
Reformationsjubiläum 2017



**Hannes Wader**  
Liedermacher



**Prof. Dr. Ulrike Guérot**  
Politologin



**Bischof Heinz Josef Algermissen**  
Präsident der deutschen  
Sektion von pax christi



**Georg Restle**  
Journalist



**Annelie Buntenbach**  
DGB-Vorstandsmitglied

### Auf- oder Abrüstung?

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben hat sich tatsächlich zu einem Streitpunkt im Wahlkampf entwickelt. Ausnahmslos alle Parteien sehen sich gezwungen, in dieser Frage klar Position zu beziehen. CDU/CSU und FDP bekennen sich dazu, den Verteidigungsetat bis 2024 schrittweise in Richtung von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, was fast einer Verdoppelung der aktuellen Militärausgaben entsprechen würde. SPD, Grüne und DIE LINKE lehnen eine solche massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben ab. Im Unterschied zu den beiden anderen Parteien befürwortet die SPD in ihrem Programm jedoch Mehrausgaben und begründet dies mit vorhandenen Lücken bei der Material- und Personalausstattung der Bundeswehr.

### Vorrang für Zivil?

Alle Parteien betonen die große Bedeutung ziviler Friedensförderung und bekennen sich zum Vorrang ziviler vor militärischen Mitteln. Doch nur SPD, DIE LINKE und Grüne erläutern in ihren Programmen ausführlich ihre Vorhaben zur Stärkung dieses Bereichs. Übereinstimmend bekennen sich die drei Parteien zum Ausbau des Zivilen Friedensdienstes und anderer Institutionen und Programme ziviler Friedensförderung.

### Bekanntnis zu globalen Nachhaltigkeitszielen

Alle Parteien bekennen sich zur UN-Nachhaltigkeitsagenda und dem Pariser Klimaabkommen. Die Gewichtung fällt aber unterschiedlich aus: Während Union und FDP die Agenda 2030 nur jeweils einmal in ihren Programmen erwähnen, kommt die Agenda in den anderen Programmen öfters vor und findet zum Teil ihren Weg in die Vorworte oder Kapitelüberschriften. Die nächste Bundesregierung, egal welcher Zusammensetzung, werden wir also daran messen können, wie ernsthaft diese Zusage in praktische Politik umgesetzt wird.

### Streitthema Rüstungsexporte

Mit Ausnahme von CDU/CSU greifen alle Parteien das Thema Rüstungsexporte auf. Nur DIE LINKE spricht sich in ihrem Programm für ein generelles Exportverbot für Rüstungsgüter aus. SPD und Grüne wollen durch neue Initiativen für ein neues, strengeres Rüstungsexportkontrollgesetz die Transparenz bei Rüstungsexporten verbessern und die Kontrollmöglichkeiten für das Parlament stärken. Die FDP ist ebenfalls für strengere Regeln für Rüstungsexporte, will das Parlament aber nicht stärken und die Entscheidung über Waffenlieferungen weiterhin der Regierung überlassen.

### Innere Sicherheit durch Prävention?

Das Thema innere Sicherheit nimmt in den Wahlprogrammen viel Raum ein. Man kann es als Fortschritt betrachten, dass sich alle Parteien auch hier zur Bedeutung von Präventionsprogrammen bekennen. Unterschiede werden zum einen erkennbar in der Frage der Balance zwischen Repression und Prävention und zum anderen bei den Schwerpunkten der Präventionsarbeit. FDP und CDU/CSU fokussieren im Bezug auf Prävention nur islamistische Zielgruppen. Die Forderungen der Grünen und von DIE LINKE gehen darüber hinaus auch auf die wachsende Gefahr durch Rechtsextremismus ein.



Eine detailliertere Analyse der Wahlprogramme finden Sie auf:  
[www.politikdervernunft.de](http://www.politikdervernunft.de)

## Wie Sie den Aufruf unterstützen können

**Befragen Sie Ihre Kandidaten für den Bundestag:** Wenden Sie sich per Brief, E-Mail oder über die Internetplattform [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) an die Kandidatinnen und Kandidaten in Ihrem Wahlkreis und erfragen Sie die Positionen zu den Forderungen des Aufrufs. Unter [www.politikdervernunft.de](http://www.politikdervernunft.de) finden Sie Vorlagen für Ihre Anfrage.

**Spenden Sie für die Veröffentlichung des Aufrufs:** Am internationalen Friedenstag, dem 21. September, werden wir den Aufruf in einer Anzeige veröffentlichen. Damit können wir wenige Tage vor der Bundestagswahl den Forderungen Nachdruck verleihen. Bitte beteiligen Sie sich an der Veröffentlichung mit einer Spende.

### Spendenkonto des forumZFD

IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01  
BIC BFSWDE33XXX  
Zweck Aufruf zur Bundestagswahl 2017

# Frieden ist anstrengend

Von Mathias Maurer

„Warum gibt es überhaupt noch Kriege?“, fragt mich unvermittelt Pascal beim Frühstück. Mir bleibt das Frühstücksbrötchen im Halse stecken. Im ersten Moment weiß ich nicht, was ich darauf antworten soll.

Der Siebtklässler sieht jeden Morgen die Tageszeitung auf dem Tisch. Die Aufmacherfotos aus den Krisengebieten häufen sich in den letzten Wochen auffällig – nie gab es mehr Kriege als in unserer Zeit.

„Die Menschen können ihre Konflikte nicht anders lösen“, antworte ich etwas ausweichend. „Aber keiner auf der Welt will doch noch ernsthaft Krieg“, hakt Pascal nach. „Die meisten Menschen sicher nicht, aber wer sich so richtig in Rage gebracht hat, schon“, gebe ich zurück und fahre fort: „Es findet sich immer ein Sündenbock, auf den man seinen Frust abladen kann. Dann ist immer der andere Schuld, das kennst Du doch auch.“ – „Ja, aber ich bringe doch dann nicht gleich jemanden um!“,

antwortet Pascal entrüstet. „Sicher, Du nicht, aber es gibt Menschen, die da keine Hemmungen haben, und in manchen Weltgegenden zählt das menschliche Leben nicht viel.“ Ich will keine apokalyptische Stimmung aufkommen lassen und die Welt schwarzmalen und überlege, wie wir wieder in ein positiveres Fahrwasser kommen.

Pascal kommt mir zuvor: „Vorgestern hatte ich eine Prügelei mit Frederik aus der Achten. Der hatte mich schon den ganzen Tag gefoppt. Der ist so was von fies. Dann gab ich ihm eins rein.“ – „Und ...?“, warte ich ab. „Jetzt hat er ein blaues Auge“, gesteht Pascal. „Und geht's Dir jetzt besser?“, frage ich. „Eigentlich nicht, ich habe Schiss, dass er mir irgendwann mit seinem Kumpel auflauert und Revanche will“, bringt er heraus. „Und was willst Du jetzt machen?“, frage ich. „Weiß nicht ...“, Pascal fühlt sich sichtlich unwohl. „Hättest Du das Problem anders lösen können?“, frage ich weiter.

„Nö, jetzt lässt er mich wenigstens in Ruhe“, behauptet er. „Wie wäre es gewesen, wenn Du cool geblieben wärest ...?“, versuche ich es erneut. „Das hätte gar nichts gebracht, der hätte nicht aufgehört zu sticheln, zur Weißglut hat er mich gebracht ... Der war fällig ...“ – „Kannst Du Dir vorstellen, dass es anderen jungen Leuten auch so geht wie Dir?“

Ich wollte nicht nachbohren, es interessierte mich wirklich. „Ja, klar“, kommt es prompt. „Ich glaube, das geht auch noch Erwachsenen so“, schließe ich an und denke nur: Krieg stellt sich wie von alleine ein und für den Frieden muss man richtig an sich arbeiten ... „Oh, das klingt ja verdammt anstrengend“, sagt Pascal, als hätte er den Gedanken gelesen. – Dann schweigen wir und räumen den Frühstückstisch ab.

*Dieser Text von Mathias Maurer erschien erstmalig in der Zeitschrift Erziehungskunst, 2/2015. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.*

# Wie Sie das forumZFD unterstützen können

## Spendenbarometer



## Spendenkonto des forumZFD

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)  
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01  
BIC BFSWDE33XXX

## Online-Banking / Ihre Spende übers Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung schicken können. Nähere Informationen finden Sie unter [www.forumZFD.de/spenden](http://www.forumZFD.de/spenden).

## Regelmäßige Spenden

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem MAGAZIN.

## Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder. Der Beitrag liegt bei 180,00 € im Jahr / ermäßigt 90,00 €.

## Spendenbescheinigung ab 50 €

Wir stellen für Spenden ab 50 € mit Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung für Sie aus. Dafür benötigen wir unbedingt Ihre vollständige Anschrift. Sollten Sie mehr als einmal im Jahr gespendet haben, erhalten Sie eine sogenannte „Sammelbestätigung“ über alle Spendenbeträge.

## Adress- und Namensänderungen mitteilen!

Sollte sich Ihre Adresse geändert haben, bitten wir Sie um eine kurze Information per Telefon **0221 – 91 27 32-0** oder per E-Mail an [kontakt@forumZFD.de](mailto:kontakt@forumZFD.de).

## Ihr Ansprechpartner

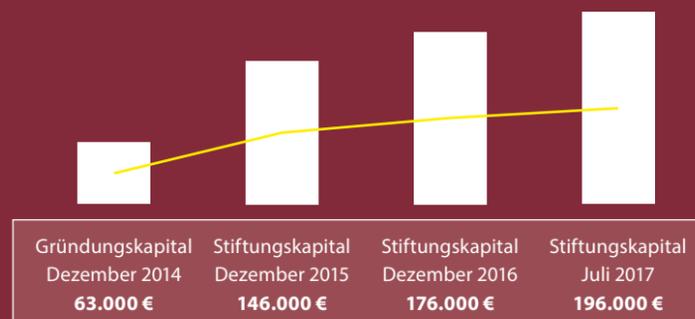
Bei Fragen zu Spenden oder zur Stiftung wenden Sie sich bitte an **Thomas Oelerich** per Telefon **0221 – 91 27 32-32** oder per E-Mail [oelerich@forumZFD.de](mailto:oelerich@forumZFD.de).

**Allen Spenderinnen und Spendern gilt unser herzlicher Dank!**

## Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst

### Entwicklung im Überblick

Seit der Stiftungsgründung Ende 2014 konnte die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst bereits 16.500 Euro aus Kapitalerträgen und Spendenzugängen als Fördermittel für die Friedensarbeit des forumZFD zur Verfügung stellen. Mit den in diesem Jahr bereits eingegangenen weiteren Zustiftungen ist das Grundkapital der Stiftung auf fast 200.000 Euro angewachsen. „Unser Ziel als Stiftungsvorstand bleibt es, das Stiftungskapital weiter substanziell zu erhöhen, um langfristig eine wichtige und verlässliche Stütze für die Friedensarbeit des forumZFD zu sein“, betont Heinz Wagner, Vorsitzender der Stiftung.



Ihr Ansprechpartner ist  
**Thomas Oelerich**  
Referent für Kommunikation  
und Fundraising  
**Telefon 0221 – 91 27 32-32**  
**E-Mail [oelerich@forumZFD.de](mailto:oelerich@forumZFD.de)**

**„Der Frieden kommt  
durch Verständigung,  
nicht durch Vereinbarung.“**

Arabisches Sprichwort



**forumZFD**



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufogiorgos

## Entschieden für Frieden

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.  
(forumZFD)  
Am Kölner Brett 8  
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0  
Fax 0221 – 91 27 32-99  
E-Mail kontakt@forumZFD.de  
www.forumZFD.de

Spendenkonto:  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01  
BIC BFSWDE33XXX